



*geb. 13. April 1905 in Berlin, gest. 11. September 1959
in Ost-Berlin, Rechtsanwältin, SED-Funktionärin,
Chefredakteurin der Neuen Justiz, Dr. iur.*

Hilde Neumann wurde am 13. April 1905 als Hilde Martha Betty Rosenfeld, Tochter von Alice Rosenfeld, geb. Kristeller, und Kurt Rosenfeld, in Berlin geboren. Kurt Rosenfeld war Rechtsanwalt und überzeugtes Mitglied der SPD, er war im Rat der Volksbeauftragten (einer provisorischen Regierung in Preußen im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik), von November 1918 bis Januar 1919 kurzzeitig preußischer Justizminister und danach Reichstagsabgeordneter. Später wurde er aus der SPD ausgeschlossen und gründete im Oktober 1931 zusammen mit dem Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Rosenfeld verteidigte Rosa Luxemburg in zwei Prozessen. So lag es nahe, dass auch die Tochter sozialdemokratisch geprägt war.

Nach dem Besuch eines Realgymnasiums in Berlin begann sie ein Rechtsstudium an den Universitäten Freiburg, Berlin und Bonn. Sie war Mitglied der jeweiligen marxistischen Studentengruppen. Kaum 20-jährig trat sie in Berlin-Wilmersdorf in die SPD-Ortsgruppe ein.

Die Referendariatszeit verbrachte Neumann in Erfurt und Berlin. Sie heiratete einen Kollegen, den Juristen Otto Kirchheimer, und gebar 1930 ihre Tochter Hanne. Schon während des Studiums hatte sie in der Kanzlei des Vaters mitgearbeitet. Nach dem Assessorexamen trat sie offiziell ein. 1932/33 wurde sie als Rechtsanwältin am Kammergericht zugelassen und war damals die jüngste Anwältin Deutschlands. Als Rechtsanwältin der Roten Hilfe Deutschlands, einer 1921 gegründeten KPD-nahen Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener, verteidigte sie wie ihr Vater vor allem Linksoppositionelle, unter anderem Ernst Thälmann und Georgi Dimitroff.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erhielt Neumann Berufsverbot. Ihr war klar, dass sie als Sozialistin und Jüdin oben auf der Liste der Verfolgten stehen würde. Sie emigrierte bereits im April 1933 nach Frankreich und arbeitete bis zum Kriegsbeginn in Paris als Funktionärin in der Internationalen Roten Hilfe (MOPR). Daneben arbeitete sie im Verteidigungskomitee für die Angeklagten des Reichstagsbrandprozesses und als Exekutivsekretärin in der Internationalen Juristischen Vereinigung (Association Juridique Internationale, AJI). Letztere wurde gegründet, um sich dem Rechtsschutz derjenigen zu widmen, die wirtschaftlich ausgebeutet, sozial benachteiligt und politisch unterdrückt wurden. Nach 1933 ging es darum, über den Nationalsozialismus aufzuklären. Sie wirkte an der Herausgabe des

„Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ mit sowie im Internationalen Komitee zur Befreiung Ernst Thälmanns. Dabei traf sie auch den britischen Kronanwalt Denis Nowell Pritt, an dessen Seite sie nach Kriegsende die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen aufbaute. Sie organisierte an der Pariser Universität Konferenzen und Vorträge über das Recht im faschistischen Deutschland, sorgte für die Herausgabe von Bulletins und Broschüren über die Tätigkeit der AJI und begleitete die Prozessbeobachtung in Deutschland. 1935 erhielt sie von der Sowjetischen Sektion der Internationalen Arbeitshilfe eine Einladung, sozialistische Justiz zu studieren. Sie nahm an und ging für ein Jahr in die Sowjetunion. 1936 trat sie aus der SPD aus und in die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ein. Anschließend kehrte sie nach Frankreich zurück, wo sie ihre Arbeit für MOPR wieder aufnahm.

Im Frühjahr 1940 wurde Neumann einen Monat lang in Rieucros bei Pamiers interniert. Nach ihrer Entlassung emigrierte sie gemeinsam mit ihrem zweiten Mann, dem Arzt Rudolf Neumann, den sie nach ihrer Scheidung von Kirchheimer geheiratet hatte, in die Vereinigten Staaten und von dort aus nach Mexiko. Rudolf Neumann hielt ab 1942 Vorträge über den Nationalsozialismus an der Universidad Obrera Mexico City. 1943 wurde die gemeinsame Tochter Erika geboren. Ab 1944 war Neumann Vorstandsmitglied des Heinrich-Heine-Clubs. Daneben arbeitete sie bei der „Demokratischen Post“ und war Mitglied der Bewegung Freies Deutschland.

1947 kehrten die Neumanns nach Deutschland zurück. Hilde Neumann trat in die neu gegründete Sozialistische Einheitspartei (SED) ein. 1947 wurde sie mit dem Hauptreferat der Abteilung Justiz im Zentralvorstand der SED betraut. Sie übernahm die Leitung des Referats Gerichtsaufbau und Schulung und war damit neben → Hilde Benjamin maßgeblich am Aufbau des Gerichtswesens der DDR beteiligt. 1948/49 wurde Neumann zur Stellvertretenden Leiterin der Abteilung Justiz im Zentralvorstand der SED befördert. Im selben Jahr begann sie, an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED zu unterrichten.

Ende 1949 wurde Neumann zur Präsidentin des Landgerichts Berlin, sowjetischer Sektor, berufen. Erstmals übte eine Frau eine solche Funktion in der Berliner Justiz aus. Von 1950 bis 1953 war sie Magistratsdirektorin für die Justiz in Ost-Berlin und hatte wesentlichen Anteil an der Verfolgung der Nationalsozialisten. 1953 musste sie als „Westemigrantin“ aus ihrer Stelle ausscheiden.

Sie widmete sich der Arbeit bei der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) und der Bildung einer deutschen Sektion. 1949 nahm sie als Delegierte am IV. Kongress in Rom teil. 1951 war sie im Organisationskomitee des unter dem Motto „Das Recht im Dienste des Friedens“ stehenden Berliner Kongresses der IVDJ. 1953 wurde sie zum Sekretär des IVDJ sowie in den deutschen Vorstand gewählt. Ab 1953 schließlich war sie Chefredakteurin der Zeitschrift „Neue Justiz“. In dieser Funktion arbeitete sie bis zu ihrem Tod 1959. In all den Jahren war sie Sekretärin der Vereinigung der Demokratischen Juristen Deutschlands, am 7. Oktober 1958 erhielt sie den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze und später noch den Orden Banner der Arbeit, den sie aber nicht mehr in Empfang nehmen

konnte. Sie starb am 11. September 1959 an einem Krebsleiden.

Im Juli 1989 stiftete die Vereinigung der Juristen in der DDR einen Hilde-Neumann-Preis für junge Juristen.

Werke (Auswahl): Die Aufgaben der Parteien und demokratischen Massenorganisationen bei der Demokratisierung der Justiz, in: Fechner, Max (Hg.): Beiträge zur Demokratisierung der Justiz, Berlin 1948, S. 153–162; Auswirkungen der Spaltung der Berliner Justiz, in: Neue Justiz 1949, S. 246–247; Bericht über den Internationalen Juristen-Kongress in Rom, in: Neue Justiz 1949, S. 278–280; Das familienrechtliche „Vacuum“ in Westdeutschland, in: Neue Justiz 1953, S. 703; Zum Tode Marcel Willards, in: Neue Justiz 1956, S. 161.

Literatur: Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR. 1945–1990, Bd. 2, München 1997; Benjamin, Hilde et al. (Hg.): Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR I, 1945–1949, Berlin 1976, S. 344; Brentzel, Marianne: Die Machtfrau. Hilde Benjamin. 1902–1989, Berlin 1997, S. 389; Danzer, Doris: Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960), Göttingen 2012; Frank, Mario: Das Justizministerium der DDR, Diss. Regensburg 1988, S. 132; Kessler, Mario: Westemigranten: Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR, Köln 2019; Ladwig-Winters, Simone: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 1998, S. 182; Müller-Enbergs, Helmut et al. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 621; Nachruf, in: Neue Justiz 13, 18/1959, S. 613–614; Röder, Werner und Strauss, Herbert A. (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I, München u. a. 1980, S. 530; Schneider, Heinz-Jürgen et al.: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands: Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik: Geschichte und Biografien, Bonn 2002; Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953: Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001.

Quellen: Institut für Zeitgeschichte, München; Bundesarchiv Berlin NY 4650, Nachlass Hilde Neumann; Auskunft Erika Planitzer und Hanna K. Grossman; BA DY 30; BA DP1.